

Politische und wirtschaftliche Sicherheit für Osteuropa – Thesen zur Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union

von Hanns-D. Jacobsen und Heinrich Machowski*

Die neue Grenze gegenüber Osteuropa und die EU-„Nachbarschaftspolitik“

Nach dem Beitritt von acht mitteleuropäischen Ländern zur Europäischen Union (EU) am 1. Mai 2004 hat sich das politische und wirtschaftliche Umfeld im östlichen Teil Europas grundlegend verändert. Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sind nunmehr in den europäischen Integrationsprozess eingebunden.

Mit ihrem Beitritt haben die 15 „alten“ Mitgliedstaaten im Grundsatz anerkannt, dass die „neuen“ Mitgliedstaaten über institutionelle Stabilität verfügen, eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung aufweisen sowie die Menschenrechte achten und den Schutz von Minderheiten gewährleisten. Weiterhin bestätigt der Beitritt, dass diese Länder eine funktionsfähige Marktwirtschaft entwickelt haben und über die Fähigkeit verfügen, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten. Außerdem wird ihnen die Fähigkeit zugeschrieben, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zu eigen zu machen, das heißt das gemeinschaftliche Regelwerk, den „acquis communautaire“ - etwa 80.000 Seiten Rechtstexte - zu übernehmen.

Während also die EU-Erweiterung und die damit verbundene Öffnung der Grenzen für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen zu einer größeren Integration dieser Länder in die EU beitragen, ist zwischen ihnen und Moldawien (nach 2007), der Russischen Föderation, Ukraine und Weißrussland die östliche Außengrenze der EU entstanden, die erhebliche Kontrollen und damit politische sowie ökonomische Einschränkungen mit sich bringt. Sie trennt Länder politisch, ökonomisch und kulturell voneinander, die im 20. Jahrhundert über eine historische Tradition der Zusammenarbeit verfügten. Es besteht die Gefahr, dass sie zu einer

* Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine erweiterte und aktualisierte Fassung unseres Beitrags zum VII Weltkongress des „International Council for Central and East European Studies“ (ICCEES), Berlin, Juli 2005.

Prof. Dr. Hanns-D. Jacobsen, Vorsitzender des Studienforum Berlin e.V., von 2001-2004 Geschäftsführender Direktor des Forschungsvorhabens „Die Osterweiterung der Eurozone“ am Jean-Monnet-Centre of Excellence der Freien Universität Berlin (hdjacobsen@studienforum-berlin.de).

Dr. Heinrich Machowski war Senior Research Fellow am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) (hmachowski@diw-berlin.de)

Armutsgrenze wird, die Instabilitäten sowie eine Reihe von erheblichen Risiken (z.B. illegale Migration) bewirkt. Die „orangene Revolution“ vom Herbst 2004 in der Ukraine kann als Versuch großer Teile der Bevölkerung verstanden werden, die drohende Isolierung zu überwinden und neben die vielfältige Abhängigkeit von Russland eine Annäherung an „Europa“, an die Europäische Union, zu setzen. Auch in Moldawien haben sich Erwartungen für eine Annäherung an die EU entwickelt, während das Verhältnis der EU zu Weißrussland wegen des autoritären Charakters des Lukaschenko-Regimes ablehnend bleibt. Die Russische Föderation nimmt eine Sonderrolle ein, das auf dem bereits 1994 geschlossenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen basiert und in jährlichen Gipfeltreffen konkretisiert worden ist.

Die Europäische Union hat darauf bereits Ende 2003 eine Art Pufferstrategie entwickelt, die gegenüber jenen Nachbarstaaten in Osteuropa und dem Mittelmeerraum¹ angewendet werden soll, welche aus heutiger Sicht nicht damit rechnen können, EU-Mitglied zu werden. Dieses Konzept der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP)² bietet verbesserte Zusammenarbeit und privilegierte Partnerschaften mittels eines Netzes von Kooperations- und Assoziierungsverträgen mit dem Ziel, „Stabilität, Sicherheit und Wohlstand“ zu stärken. Die angesprochenen Staaten sollen auf der Grundlage eines gemeinsamen europäischen Wertekatalogs stabilisiert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihnen ausgeweitet und der politische Dialog intensiviert werden. Die Beziehungen der EU zur Russischen Föderation, mit denen eine bilaterale „strategische Partnerschaft“ angestrebt wird, bedienen sich, wie in dem Strategiepapier explizit erwähnt, der gleichen Instrumente wie die ENP.

Die Vision der ENP ist ein Ring aus Ländern, die die grundlegenden Werte und Ziele der EU teilen und in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet. Gleichzeitig will die EU neuen sicherheitspolitischen Risiken wie organisierter Kriminalität und gewaltsamen bilateralen Konflikten wirksam begegnen. Zusammen mit den Partnerländern werden Prioritäten festgelegt, deren Erfüllung sie näher an die Europäische Union heranrücken soll. Diese Prioritäten werden in gemeinsam vereinbarte Aktionspläne aufgenommen und konzentrieren sich auf den politischen Dialog und Reform, auf Handel und Maßnahmen für die Vorbereitung der Partner auf die allmähliche Teilnahme am EU-Binnenmarkt, auf Justiz und Inneres, Energie, Verkehr, Informationsgesellschaft, Umwelt, Forschung und Innovation sowie Sozialpolitik und Kontakte der Bevölkerung.

These 1: Die „Nachbarschaftspolitik“ der EU schert Länder über einen Kamm, die zu unterschiedlich sind, um mit einer einzigen Politik angemessen adressiert werden zu können.

Die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP) der Europäischen Union schließt Staaten ein, die geografisch, historisch, politisch und wirtschaftlich heterogener kaum sein könnten. Deshalb sollte eine Differenzierung erfolgen. Diese Aussage bezieht sich vor allem auf diejenigen früheren Republiken der Sowjetunion, die ganz oder teilweise zu Europa gehören: Moldawien, Russland, die Ukraine und Weißrussland. Diese Länder verfügen über eine gemeinsame historische Tradition, die sich grundlegend von den religiösen und moralischen Werten der südlichen Mittelmeerländer unterscheidet und eine starke kulturelle Fixierung auf Mittel- und Westeuropa aufweist.

Außerdem sind immer noch große Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten durch ihre gemeinsamen Erfahrungen in der Sowjetunion eng miteinander verknüpft. Darüber hinaus hat in diesen vier Ländern eine Transformation vom sowjetischen Realsozialismus hin zu postkommunistischen Strukturen stattgefunden, die sich in Versuchen widerspiegeln, das autoritäre politische System durch demokratische Institutionen zu ersetzen und die Planwirtschaft durch marktwirtschaftliche Instrumente abzulösen. Diese Phase haben übrigens die mitteleuropäischen neuen Mitglieder der Europäischen Union bereits hinter sich gelassen und durch weit reichende und erfolgreiche politische und wirtschaftliche Reformen sowie die Akzeptierung des „acquis communautaire“ der Union das Stadium der Marktwirtschaft erreicht.

Soweit ist es in den genannten vier Ländern noch lange nicht. Und auch deren Überwindung des politischen und ökonomischen Erbes des Realsozialismus geschieht mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Die beiden Pole dieser Entwicklung in Osteuropa stellen Weißrussland und die Ukraine dar. Im Weißrussland des Präsidenten Lukaschenko sind Demokratie, Pluralismus, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft in einem Maß unterentwickelt, dass die EU sich lediglich imstande gesehen hat, Weißrussland einige Vorteile der ENP anzubieten. Erst wenn Weißrussland seine Bereitschaft zeigt, demokratische Werte anzuerkennen wie sie von der Europäischen Union, dem Europarat und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) definiert worden sind und die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn verbessert werden, kann sich das ändern.

Auf der anderen Seite steht, vor allem nach der „oranigen Revolution“ vom Herbst 2004, die Ukraine, in der es den radikalen Versuch gegeben hat, die überkommenen postkommunistischen Strukturen zu überwinden und sie in einer Weise zu verändern, dass längerfristig auch eine EU-Mitgliedschaft denkbar wird. Ein dauerhafter Ausschluss des Beitritts, wie sie

die ENP der EU vorsieht, ignoriert diese Entwicklungen und führt (gerade vor dem Hintergrund der im Oktober 2005 begonnenen Beitrittsverhandlungen mit der Türkei) zu Asymmetrien und Inkonsistenzen, die aus Sicht insbesondere der mitteleuropäischen Staaten kaum nachvollziehbar sind.

Aus diesem Grund erweist es sich als plausibel, für die Nachbarstaaten der Europäischen Union in Osteuropa eine besondere Politik zu entwickeln, eine Nachbarschaftspolitik, die den besonderen politischen und wirtschaftlichen Strukturen dieser Länder Rechnung trägt und sich von Instrumenten und Maßnahmen unterscheidet, die vielleicht für die Maghreb-Staaten und/oder Israel ihre Berechtigung haben mögen. Eine solche „Osteuropäische Nachbarschaftspolitik“ (OENP) sollte im Falle der Ukraine, Moldawiens und Weißrusslands de facto die Option der langfristigen Möglichkeit des EU-Betrtritts von vornherein nicht ausschließen. Im Sonderfall der Russischen Föderation, für die ein Beitritt nicht in Frage kommt, sollte auf eine Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Kooperation hingearbeitet werden, die sich in das enger werdende Beziehungsgeflecht mit den osteuropäischen Staaten einfügt.

These 2: Eine „Osteuropäische Nachbarschaftspolitik“ (OENP) sollte einen umfassenden politischen Wandel anstreben und sich zunächst auf die Gewährleistung wirtschaftlicher Sicherheit konzentrieren.

In Europa gilt die ENP nur für die Ukraine, Moldawien und Weißrussland sowie als Sonderfall auch analog für Russland (für alle anderen europäischen Staaten steht nach wie vor die Beitrittsoption zur EU offen). Am „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ (ENPI), dem neuen EU-Finanzinstrument für die Jahre 2007-2013, das in der kommenden Periode die bisherigen EU-TACIS-Mittel (ohne Zentralasien) ersetzen soll, ist Moskau allerdings auch direkt beteiligt.³

Auf der Basis des PKA von 1994, das für die Zeit von 1997-2006 die Beziehungen zwischen der EU und **Russland** grundsätzlich regelt, wurde im Mai 2003⁴ von beiden Seiten beschlossen, vier „gemeinsame Räume“ zu errichten, um die beiderseitige Partnerschaft langfristig zu entwickeln und zu vertiefen:

- Gemeinsamer Wirtschaftsraum
- Gemeinsamer Raum der inneren Sicherheit (Freiheit, Sicherheit und Recht)
- Gemeinsamer Raum der äußeren Sicherheit,
- Gemeinsamer Forschungs-, Bildungs- und Kulturraum.

Seither wird im europäisch-russischen Dialog über den Inhalt dieser „Räume“ diskutiert und gestritten. Im Wirtschaftsraum ging und geht es z.B. um die Einbeziehung der Kaliningrad-Probleme. Dabei handelt es sich nicht nur um den bereits weitgehend geregelten

Transitverkehr von Menschen und Gütern von der Exklave zum Mutterland durch das neue EU-Gebiet. Die russische Regierung hat im Frühjahr dieses Jahres eine Neuregelung der Sonderwirtschaftszone beschlossen; sie ersetzt die alten, wenig erfolgreichen Bestimmungen von 1993 und soll auswärtige Investoren in die Region holen, damit sie dort das Wirtschaftswachstum beschleunigen (um jährlich durchschnittlich 10 % bis 15 %). Es geht ferner um die beiderseitig sehr wichtige Kooperation auf dem Energiesektor (es ist ein permanenter EU-Russland-Partnerrat für Energiefragen geplant). Schließlich sollen Auslandsinvestitionen durch klare und durchschaubare administrative und steuerpolitische Bedingungen in Russland erleichtert und gesteigert werden; insbesondere wird hier auf die bevorstehende russische Mitgliedschaft in der WTO gehofft (zunächst geplant für 2006).

Am 10. Mai 2005 hatte man sich auf einem EU-Russland-Gipfeltreffen in Moskau auf die sog. road maps (Wegekarten) für die einzelnen „Räume“ geeinigt. In diesem Zusammenhang ist die Einigung nach einem langjährigen Streit in dem gemeinsamen Raum „äußere Sicherheit“ besonders interessant. Moskau hatte bisher die Forderung der EU zurückgewiesen, die Nachbarn Ukraine, Moldawien, Weißrussland und außerdem Georgien zum vorrangigen geopolitischen Bezugspunkt dieses gemeinsamen Raumes zu machen und damit der EU ein mögliches Mitspracherecht bei der regionalen Konfliktlösung (Transnistrien, Abchasien, Südossetien, Nagorny-Karabach) einzuräumen.⁵ Damit hat man diesen Streit beendet und eine Einigung zum gemeinsamen Handeln gefunden. Diese „road maps“ gelten als Voraussetzung für die Unterzeichnung eines neuen PKA, wenn das bestehende Ende 2007 ausläuft.

Die EU betrachtet die **Ukraine** als einen der wichtigsten Partner im Rahmen der ENP; sie sieht die Ukraine offiziell nicht als einen Anwärterstaat an (unabhängig von den gegenteiligen Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Juschtschenko). Auch aus Sicht der deutschen Regierung gilt die Ukraine als Hauptpartner deutscher und europäischer Unterstützung in Osteuropa. Aufgrund ihrer Größe und des wirtschaftlichen Potentials nimmt die Ukraine zur Stabilisierung Osteuropas eine herausgehobene Position ein. Das Land könnte zu einem Transformationsmodell innerhalb der GUS-Staaten und somit zu einem „Türöffner“ für mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft in Osteuropa werden.

Im Februar 2005 unterzeichneten die EU und die Ukraine einen aktualisierten dreijährigen Aktionsplan. Darin werden vorrangig wirtschaftliche Maßnahmen aufgezählt, die nicht nur für die gemeinsame Nachbarschaftspolitik konstitutiv sind, sondern darüber hinaus auch für einen potentiellen Beitritt als unerlässlich angesehen werden müssen:

- Gesamtwirtschaftliche Reformen,

- Beseitigung von Import- und Exportbeschränkungen bei Gütern und Leistungen, Beitritt zur WTO, Freihandelsabkommen mit der EU, teilweise Teilnahme am EU-Binnenmarkt,
- Gleiche Behandlung von Fremdarbeitern, Koordinierung der sozialen Sicherheitssysteme,
- Liberalisierung des Kapitaltransfers (Direktinvestitionen, laufender Zahlungsverkehr), Schutz der Auslandsinvestitionen.

Der Aktionsplan fordert von Kiew außerdem unter anderem, dass die Parlamentswahlen 2006 nach OSZE-Standards durchgeführt, Meinungs- und Pressefreiheit gewährleistet, Stabilität und Effektivität der demokratischen Institutionen und des Rechtsstaats gestärkt und verbessert werden. Kiew soll außerdem die Korruption bekämpfen, mit öffentlichen Geldern effizienter umgehen und Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen einleiten.

Die Wahlen vom März 2006 sind also der erste Test dafür, dass die Ukraine die gegenwärtige, ernsthafte politische Krise bewältigen konnte, in die das Land im September 2005 geraten ist. Und dafür, ob das Land zurückgefunden hat auf den Weg zu demokratischeren Regierungsformen als im letzten Jahrzehnt. Es fehlt eine überzeugende Antwort auf die Frage: Wohin steuert die Ukraine?

Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und **Moldawien** ist am 1. Juli 1998 in Kraft getreten. Moldawien ist außerdem Mitglied des Stabilitätspaktes für Südosteuropa (ab 1. Juni 2001) und ebenfalls Mitglied in der WTO (seit dem 26. Juli 2001). Für die EU sind eine Lösung des Konflikts in der Region Transnistrien und eine weitere Öffnung Moldawiens für Handel und Investitionen gemäß den WTO-Verpflichtungen unabdingbare Voraussetzung für eine Verminderung der Armut in dem Land. Um die Ziele der Nachbarschaftspolitik erfolgreich umzusetzen, muss die EU und müssen die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowohl multilateral als auch bilateral mit der Führung in Moskau entsprechende Gespräche führen. Ziel sollte eine Vereinbarung über den schnellstmöglichen Abzug der russischen Soldaten entsprechend ihren internationalen Verpflichtungen sein. Das heißt, die EU und die Regierungen der EU-Mitgliedsländer müssen bereit sein, mehr Verantwortung als Vermittler und Garant einer politischen Lösung im Transnistrien-Konflikt zu übernehmen.⁶ In allen ökonomischen Teilen gilt der EU-Ukraine-Aktionsplan als Vorbild auch für Moldawien.

Die Staatsführung in **Weißrussland** wird von der EU als autoritär betrachtet. Aus diesem Grund können erst dann vertragliche Beziehungen abgeschlossen werden, wenn das Land zu einer demokratischen Regierungsform mit freien und fairen Wahlen übergegangen ist. Unterdessen ist Weißrussland berechtigt, an drei der bestehenden Nachbarschaftsprogramme (Ostseeprogramm, Lettland-Litauen-Weißrussland, Polen-Ukraine-Weißrussland) teilzunehmen.

Auch an dem neuen Nachbarschaftsinstrument ENPI wird Weißrussland teilnehmen können. Die EU sollte ferner das Thema Weißrussland auch auf die EU-Russland-Agenda setzen.

Allerdings hat sich das System Lukaschenko im Sommer 2005 immer mehr ins außenpolitische Abseits manövriert.⁷ Davon sind nicht nur insbesondere die Beziehungen zu Polen betroffen. Auch gegenüber Litauen, Lettland, Ukraine und Georgien gibt es zunehmend Missstöne. Die diplomatische Krise zwischen Belarus und Polen hat außerdem die ohnehin belasteten Beziehungen zwischen Warschau und Moskau weiter zugespitzt. Aber es gibt auch eine latente Beziehungskrise zwischen Moskau und Minsk. Dieser regionale Konflikt stört nicht nur die ENP in wachsendem Maße, was von Brüssel offensichtlich verkannt wird. Russlands außenpolitisches Profil nimmt - nach Georgien und der Ukraine - erneut Schaden, so dass sowohl nicht nur der Abstimmungsbedarf in der GASP zunimmt; auch die ENP muss neu justiert werden.

These 3: "Osteuropäische Nachbarschaftspolitik" kann nicht erfolgreich sein bevor die EU Prioritäten festgelegt und ihre internen Herausforderungen bewältigt hat.

Die ENP wird gegenwärtig durch zwei Störfaktoren mehr oder weniger stark beeinträchtigt. Sie wird darüber hinaus durch die tief greifende und schwerwiegende Entwicklungskrise der ganzen EU maßgeblich negativ betroffen.

Ein erstes Störelement stellt die Ostseegaspipeline dar. Am 8. September 2005 wurde in Berlin von den deutschen Energiekonzernen E.ON/Ruhrgas und Wintershall sowie vom russischen Konzern Gazprom im Beisein von Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin die Absichtserklärung zum Bau einer Erdgaspipeline durch die Ostsee unterzeichnet. Damit fiel der Startschuss für ein seit Jahren diskutiertes Projekt.⁸

Die Grunddaten sind: „Das Projekt umfasst auf russischem Gebiet eine rd. 900 km lange Anbindung an das russische Netz, eine rd. 1200 km lange Unterwasserleitung von Wyborg nach Greifswald sowie eine Verbindung mit dem deutschen Leitungsnetz, von wo Erdgas bis Großbritannien weiter transportiert werden kann. Die Kosten werden - je nach Ausbaustufe - mit 2 bis 6 Milliarden US-Dollar angegeben (eine Landpipeline gleicher Länge würde deutlich billiger sein, es würden allerdings dabei Transitgebühren anfallen). 2010 soll ein erster Leitungsstrang mit einer Kapazität von 27,5 Mrd. m³ pro Jahr in Betrieb gehen, später soll ein zweiter Strang die Kapazität auf 55 Mrd. m³ erhöhen. Vielleicht die Hälfte dieser jeweiligen Kapazität stünde deutschen Abnehmern zur Verfügung. Gazprom hält eine Mehrheit von 51 % am Grundkapital dieses Joint-ventures, die restlichen 49 % teilen sich Wintershall und E.ON/Ruhrgas bzw. stehen für weitere Partner offen.“⁹

Präsident Putin hat Anfang Oktober 2005 auf einer Pressekonferenz in London erklärt, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien hätten ihr Interesse signalisiert, neben Deutschland am Bau der Trasse durch die Ostsee mitzuwirken. Die Interessen an dieser Pipeline unterscheiden sich von Land zu Land. Für Gazprom (und den Kreml) steht die Tatsache im Vordergrund, dass mit ihr die herkömmlichen Transitländer Ukraine, Weißrussland und Polen umgangen werden. Die Pipeline sieht außerdem eine Abzweigung zum Gebiet Kaliningrad vor, das bislang über Weißrussland und Litauen mit russischem Gas versorgt wird, und dient daher einem geostrategischen Interesse Russlands. Die europäischen Länder sind sehr an einer Diversifizierung ihrer Energieimporte interessiert und damit auch an einer Vielfalt von Versorgungsrouten. Daher wurde seitens der EU die Idee der Ostseegaspipeline von Anfang an unterstützt. Deutschland hat sich um besonders gute Beziehungen zu Russland bemüht und strebt im Rahmen einer „strategischen Partnerschaft“ auch eine „Energiepartnerschaft“ an. Die Pipeline wird von beiden Seiten als Instrument und Element dieser doppelten Partnerschaft gesehen.

Auf der anderen Seite verschlechtert diese Pipeline faktisch die Position der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands gegenüber Russland. Besonders in Polen schlagen die Wogen der Empörung hoch. Das beweist deutlich die folgende Aussage von Präsident Kwaśniewski: „Wir wollten nie die Öl- und Gasleitungen als politische Instrumente betrachten. Es besteht schon ein Risiko darin, dass Deutsche mit Russen eine Leitung bauen, die Mitteleuropa umgeht. Das ist ein Thema, das umfassender zu diskutieren wäre in der EU. Das ist ein Punkt, der Besorgnis erregt und uns beunruhigt, weil es über unsere Köpfe hinweg zwischen Russland und Deutschland entschieden wurde.“¹⁰ Deutschland und Russland haben zwar das souveräne Recht, ein solches nur sie beide bindendes Geschäft abzuschließen, zumal es, wie im Fall der Ostseegaspipeline, von der EU gewünscht und unterstützt wird. Dennoch aber kann es der EU und insbesondere Deutschland nicht gleichgültig sein, wie die EU-Mitglieder Polen, Estland, Lettland und Litauen das in ihren Augen gegen ihre Interessen gerichtete Pipelineprojekt bewerten. Das Projekt sollte deswegen auch Anlass sein, die deutsche Russland- und Osteuropapolitik auf dem Energiesektor künftig besser zu koordinieren und sie den mitteleuropäischen Partnern zu erläutern.

Das zweite Störelement ist aus Sicht der ENP eher von indirekter Natur, und es lässt sich in seiner politischen und ökonomischen Bedeutung für die beteiligten Staaten zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch schwer durchschauen. Es handelt sich dabei um Bemühungen der Ukraine und Moldawien zusammen mit Georgien, Usbekistan und Aserbaidschan (diese Länder bilden die GUUAM-Gruppe, gegründet 1996 als Alternative zur GUS) sowie mit kräftiger Unterstüt-

zung aus Washington, der Dominanz Moskaus in Eurasien bzw. in Zentralasien aktiv entgegenzuwirken. Diese Rolle soll stärker als bisher die GUUAM-Ländergruppe spielen. Ferner sind Bemühungen zu erkennen, in erster Linie von der Ukraine nach dem Sieg der „oranzenen Revolution“ vorangetrieben, den Einheitlichen Wirtschaftsraum (EWR bestehend aus Russland, der Ukraine, Weißrussland und Kasachstan) zu Fall zu bringen. In diesem Zusammenhang dürfte auch das baldige Ende der GUS in ihrer heutigen Form bevorstehen.

Das Hauptproblem, eine in befriedigendem Maße funktionsfähige und effiziente ENP – vor allem gegenüber den osteuropäischen Partnerstaaten - zu entwickeln, liegt in der gegenwärtigen Krise der gesamten EU, insbesondere in der verbreiteten Unsicherheit darüber, welches Ziel die europäische Einigung auf welchen Wegen ansteuern soll. Niemand weiß, wie lange die vorgeschlagene Denkpause über das europäische Projekt dauern wird, die nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden überall in Europa eingetreten ist. Eine Ursache für diese Seinskrise dürfte das für viele Europäer einfach zu hohe Tempo der bisherigen EU-Erweiterung gewesen sein.

Dennoch hat die EU Anfang Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei begonnen, es war dies allerdings ein bitter erkämpfter Beginn. Für die Freigabe dieser Beitrittsverhandlungen mit der Türkei verlangte Österreich das gleiche Versprechen für Kroatien, Bulgarien und Rumänien sollen im Jahr 2007 der EU beitreten.

Die osteuropäischen Nachbarn der EU bleiben von der neuen Erweiterungsrunde vorerst ausgeschlossen.¹¹ Diese Staaten bleiben solange Subjekte der ENP. Diese ENP könnte für eine überschaubare Zukunft um eine neue Aufgabe bereichert werden, darauf hat der polnische Präsident Kwaśniewski mit Nachdruck hingewiesen, nämlich einen Beitrag zur politischen und ökonomischen Stabilisierung des gesamten postsowjetischen Raumes für die demokratische Zukunft Europas zu leisten.¹²

These 4: Der Erfolg der „Osteuropäischen Nachbarschaftspolitik“ entscheidet letztlich über die Option der Mitgliedschaft in der EU

Die zentrale Aufgabe einer besonderen „Osteuropäischen Nachbarschaftspolitik“ besteht darin, die Länder in Osteuropa zu unterstützen, ihren Weg aus der sowjetischen Vergangenheit in die Demokratie, die Marktwirtschaft und in ein modernes Gesellschaftssystem erfolgreich zu gestalten. Damit sollen diese Länder in die Lage versetzt werden, einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Sicherheit in Europa zu leisten. Somit entscheidet der Erfolg der OENP letztlich auch über die Option einer Mitgliedschaft in der EU.

-
- ¹ Dazu gehören die Nachfolgestaaten der UdSSR Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Moldawien, die Ukraine und Weißrussland, sowie auf der Südseite des Mittelmeeres Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien, Tunesien und die Palästinensische Behörde.
 - ² Zur „Nachbarschaftspolitik“ vgl. Mitteilung der Kommission – Europäische Nachbarschaftspolitik, Strategiepapier, KOM 2004 (0373 endg.) unter http://europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0373de01.pdf.
 - ³ Vgl. Waldemar Hummer: Die Union und ihre Nachbarschaftspolitik vor und nach dem Verfassungsvertrag, in: *integration* Nr. 3/2005, S. 243.
 - ⁴ Vgl. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Beziehungen zur Russischen Föderation, KOM 2004 (106 endg.) unter http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/russia_docs/com04_106_de.pdf, S. 9.
 - ⁵ Christian Meier: Nach dem Gipfel von Den Haag, in: *SWP-Aktuell* 58, Dez. 2004, S. 4.
 - ⁶ Vgl. Annelie Ute Gabanyi: Die Republik Moldau im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik, *SWP-Studie* S 46, Nov. 2004, S. 6.
 - ⁷ Vgl. Rainer Lindner: Selbstisolierung von Belarus, in: *SWP-Aktuell* 43, Sept. 2005, S. 1 ff.
 - ⁸ Vgl. Roland Götz: Die Ostseegaspipeline, in: *SWP-Aktuell* 41, Sept. 2005, S. 1 ff.
 - ⁹ Ebenda, S. 2.
 - ¹⁰ „Europas Zukunft hängt von der Zukunft Deutschlands ab“. Ein Gespräch mit dem polnischen Staatspräsidenten Kwaśniewski über die Krise der Europäischen Union, den Kampf um die Führung und die Grenzen der Erweiterung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. September 2005, S. 6.
 - ¹¹ Für die Ukraine scheint das nur noch bedingt zu gelten. Bei seinem Besuch in Kiew im Oktober 2005 hat EU-Kommissions-Präsident zum ersten Mal deutlich gemacht, dass eine Beitrittsperspektive existieren würde. Vgl. „Ukraine gets enlargement wink“, in: *euobserver.com* vom 6. Oktober 2005.
 - ¹² Vgl. „Europas Zukunft . . .“, Gespräch mit dem polnischen Staatspräsidenten Kwaśniewski, a.a.O.